

Bundesratsbeschluss über die Ueberwachung der Herstellung und der Einfuhr von Luftschutzmaterial : vom 7. Mai 1935 = Arrêté du Conseil fédéral réglant la surveillance de la fabrication du matériel de défense contre des attaques aériennes : du 7 mai 1935

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Protar**

Band (Jahr): **1 (1934-1935)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-362402>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundesratsbeschluss über die Ueberwachung der Herstellung und der Einfuhr von Luftschutzmaterial. (Vom 7. Mai 1935.)

Der schweizerische Bundesrat,
gestützt auf den Bundesbeschluss vom 29. September 1934*) betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung,

beschliesst:

Art. 1.

Die Herstellung und die Einfuhr von Luftschutzmaterial aller Art steht gemäss Art. 2, lit. d, des Bundesbeschlusses vom 29. September 1934 unter der Aufsicht des Bundes.

Art. 2.

Luftschutzmaterial im Sinne dieses Bundesratsbeschlusses ist jedes Gerät, welches nach seiner Beschaffenheit vor Angriffen mit chemischen Kampfmitteln aus der Luft schützt oder zur Instruktion im Luftschutz dient. Unter diesen Bundesratsbeschluss fällt auch dasjenige Material, das dem gewerblichen Schutz oder Feuerwehrrzwecken dient, sofern es auch für den Luftschutz Verwendung finden kann.

Ein Anhang enthält das Verzeichnis der hauptsächlichsten unter diesen Bundesratsbeschluss fallenden Geräte.

Art. 3.

Luftschutzmaterial irgendwelcher Art darf nur in den freien Handel gebracht werden, nachdem der betreffende Geräte-Typ von der in Art. 5 bezeichneten eidgenössischen Amtsstelle kontrolliert und für den Handel freigegeben worden ist.

Art. 4.

Zur Einfuhr von Luftschutzgeräten ist eine besondere Einfuhrbewilligung erforderlich.

Dieselbe wird nur für solches Material erteilt, dessen Zulassung für den Handel durch die in Art. 5 genannte eidgenössische Amtsstelle bewilligt worden ist.

Die schweizerischen Zollämter werden Luftschutzgeräte, für die keine Einfuhrbewilligung erteilt worden ist, nicht zur Einfuhr zulassen. Der Versender oder der Empfänger ist berechtigt, den Entscheid der eidgenössischen Materialprüfungsanstalt einzuholen.

Luftschutzgeräte, die von der eidgenössischen Materialprüfungsanstalt allgemein oder im einzelnen Fall als unzulässig bezeichnet werden, sind von den Zollämtern über die Grenze zurückzuweisen.

Art. 5.

Die Aufsicht über die Herstellung und die Einfuhr von Luftschutzgeräten wird dem eidgenössischen Departement des Innern (eidgenössische Materialprüfungsanstalt in Zürich und eidgenössisches Gesundheitsamt in Bern) übertragen.

Das Departement des Innern regelt die Verteilung der Geschäfte der Aufsichtsführung zwischen der Eidg. Materialprüfungsanstalt und dem Eidg. Gesundheitsamt und setzt die Gebühren fest.

Art. 6.

Die mit der Aufsicht beauftragten Organe des Bundes haben Zutritt zu allen Räumlichkeiten, in denen Luftschutzgeräte hergestellt, gelagert oder verkauft werden.

* A. S., 50, 666.

Die betreffenden Organe sind befugt, diese Geräte sowie die zu ihrer Herstellung verwendeten Rohstoffe jederzeit zu kontrollieren und Material, das den Vorschriften des gegenwärtigen Bundesratsbeschlusses oder dessen Ausführungsbestimmungen nicht entspricht, durch die zuständige Amtsstelle beschlagnahmen zu lassen.

Vorbehalten bleibt die in Art. 10 vorgesehene strafrechtliche Verfolgung.

Art. 7.

Die näheren Vorschriften über die Bedingungen und Anforderungen für die Zulassung der Luftschutzgeräte zum freien Handel werden durch das eidgenössische Departement des Innern im Einvernehmen mit dem eidgenössischen Militärdepartement aufgestellt.

Art. 8.

Dieser Bundesratsbeschluss findet keine Anwendung auf das von den militärischen Amtsstellen des Bundes beschaffte Luftschutzmaterial.

Art. 9.

Für Luftschutzgeräte, die sich bereits im inländischen Handel befinden, muss nachträglich die in Art. 3 vorgesehene Bewilligung binnen einer vom eidgenössischen Departement des Innern zu bestimmenden Frist eingeholt werden.

Art. 10.

Wer den Bestimmungen dieses Bundesratsbeschlusses zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldbusse bis zu Fr. 5000.— bestraft. Die beiden Strafen können verbunden werden.

Die fahrlässige Begehung ist strafbar.

Das im Widerspruch mit den Bestimmungen dieses Bundesratsbeschlusses hergestellte oder eingeführte Material wird eingezogen.

Die Verfolgung und Beurteilung von Widerhandlungen gegen diesen Bundesratsbeschluss liegt den Kantonen ob.

Der I. Abschnitt des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1853 über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft ist anwendbar.

Bei Entdeckung einer widerrechtlichen Einfuhr von Luftschutzgeräten haben die Zollorgane ein Tatbestandsprotokoll aufzunehmen und der Oberzolldirektion zuhanden der eidgenössischen Materialprüfungsanstalt zuzuleiten. Die widerrechtlich eingeführten Luftschutzgeräte sind zu beschlagnahmen.

Vorbehalten bleibt die Verfolgung wegen Zollübertretung (Art. 85, Abs. 2, des Bundesgesetzes über das Zollwesen vom 1. Oktober 1925).

Art. 11.

Dieser Bundesratsbeschluss tritt am 8. Mai 1935 in Kraft.

Bern, den 7. Mai 1935.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

R. Minger.

Der Bundeskanzler:

G. Bovet.

Anhang zum Bundesratsbeschluss betreffend die Ueberwachung der Herstellung und der Einfuhr von Luftschutzmaterial vom 7. Mai 1935.

Verzeichnis von Luftschutzmaterial.

Im nachstehenden sind die hauptsächlichsten Geräte, Gegenstände und Materialien aufgeführt, die ihrer Verwendung nach unter den Bundesratsbeschluss vom 7. Mai 1935 fallen.

A. Individuelle Schutzgeräte.

1. Gasmasken aller Art für Menschen und Tiere, eingeschlossen: Vollmasken, Halbmasken, Schutzbrillen, Atmungsschläuche.
2. Einrichtungen für Mundatmung in Verbindung mit Masken oder ohne solche, mit Nasenklammer oder ähnlicher Ausrüstung.
3. Filter aller Art sowohl für direkten Anschluss an die Maske wie auch für Anschluss an Atmungsschlauch, inbegriffen alle Filter, die für gewerblichen und industriellen Schutz bestimmt sind.
4. Isoliergeräte aller Art in Verbindung mit Masken- oder Mundatmungseinrichtungen, vorgesehen für

Verwendung von komprimiertem Sauerstoff oder von Sauerstoff entwickelnden Materialien.

5. Sauerstoffflaschen, Sauerstoffentwickler, Absorptionspatronen für Kohlensäure.
6. Schutzanzüge, Schutzhauben, Spezialhandschuhe, Spezialstiefel.

B. Geräte für Kollektivschutz.

1. Luftfilter aller Art mit oder ohne Luftfördervorrichtung sowohl für mechanischen wie für Hand- oder kombinierten Antrieb.
2. Regenerationselemente für Regeneratorenanlagen, im speziellen für Kohlensäure-Absorption.
3. Sauerstoffflaschen für komprimierten Sauerstoff und Sauerstoffentwicklungsanlagen.

C. Verschiedenes Material für den Luftschutz.

1. Gasspürgeräte und Gasdetektoren.
2. Inhalations-Wiederbelebungsapparate.
3. Brandbomben und ähnliches Demonstrationsmaterial.

Arrêté du Conseil fédéral réglant la surveillance de la fabrication du matériel de défense contre des attaques aériennes. (Du 7 mai 1935.)

Le Conseil fédéral suisse, vu l'arrêté fédéral du 29 septembre 1934*) concernant la défense passive de la population civile contre des attaques aériennes,

arrête:

Article premier.

Conformément à l'article 2, lettre d, de l'arrêté fédéral du 29 septembre 1934, la Confédération surveille la fabrication et l'importation du matériel de défense passive de tous genres.

Art. 2.

Est réputé matériel de défense passive, au sens du présent arrêté, tout appareil qui, de par sa nature, sert à la défense contre les attaques aériennes par les gaz ou à l'instruction pour la défense passive.

Est également visé par le présent arrêté le matériel qui sert à la défense industrielle ou au service d'incendie, s'il peut être aussi employé à la défense aérienne.

La liste en appendice énumère les principaux appareils auxquels s'applique le présent arrêté.

Art. 3.

Aucun matériel de défense passive ne peut être mis dans le commerce libre que si l'autorité fédérale désignée à l'article 5 en a contrôlé le modèle et l'a déclaré propre à la vente.

Art. 4.

L'importation du matériel de défense passive est assujettie à la formalité du permis.

Le permis n'est accordé que pour le matériel dont la mise dans le commerce a été autorisée par l'autorité fédérale désignée à l'article 5.

Les bureaux de douane suisses ne laisseront entrer dans le pays que le matériel qui est l'objet d'un permis d'importation. L'expéditeur ou le destinataire peuvent requérir la décision du laboratoire d'essai des matériaux.

Les bureaux de douane refouleront à la frontière le matériel que le laboratoire déclare inacceptable, en général ou dans un cas d'espèce.

Art. 5.

Le Département de l'intérieur (laboratoire d'essai des matériaux à Zurich et service de l'hygiène publique à Berne) surveille la fabrication et l'importation du matériel de défense.

Il répartit les affaires relatives à cette surveillance entre le laboratoire d'essai des matériaux et le service de l'hygiène publique et fixe les taxes.

Art. 6.

Les agents de la Confédération chargés de la surveillance ont accès à tous les locaux où se fabrique, s'entrepose ou se vend du matériel de défense passive.

Ils sont autorisés à contrôler en tout temps ce matériel, ainsi que les matières premières qui ont servi à sa confection, et à faire séquestrer par l'autorité compétente le matériel qui ne répond pas aux prescriptions du présent arrêté ou ses dispositions d'exécution.

Demeure réservée la poursuite pénale prévue à l'article 10.

* RO 50, 668.

Art. 7.

Le Département de l'intérieur édictera, d'entente avec le département militaire, les prescriptions de détail sur les conditions et les exigences requises pour la mise du matériel dans le commerce.

Art. 8.

Le présent arrêté n'est pas applicable au matériel de défense passive acquis par les autorités militaires de la Confédération.

Art. 9.

Pour le matériel qui se trouve déjà dans le commerce en Suisse, l'autorisation prévue à l'article 3 devra être demandée dans le délai qui sera fixé par le Département de l'intérieur.

Art 10.

Quiconque contrevient aux dispositions du présent arrêté sera puni de l'emprisonnement pour trois mois au plus ou d'une amende de cinq mille francs au plus. Les deux peines peuvent être cumulées.

La négligence est punissable.

Le matériel fabriqué ou importé en contradiction avec les dispositions du présent arrêté sera séquestré.

La poursuite et le jugement des infractions au présent arrêté incombent aux cantons.

La première partie du code pénal fédéral du 4 février 1853 est applicable.

Les douaniers qui découvrent une importation illégale de matériel de défense passive doivent dresser un procès-verbal des faits et l'envoyer au laboratoire d'essai des matériaux par l'entremise de la direction générale des douanes. Le matériel introduit illégalement sera séquestré.

Demeure réservée la poursuite pour contravention douanière (art. 85, 2^e al., de la loi du 1^{er} octobre 1925 sur les douanes).

Art. 11.

Le présent arrêté entre en vigueur le 8 mai 1935.

Berne, le 7 mai 1935.

Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président de la Confédération,
R. Minger.

Le chancelier de la Confédération,
G. Bovet.

Annexe à l'arrêté du Conseil fédéral du 7 mai 1935 réglant la surveillance de la fabrication et de l'importation de matériel de défense contre des attaques aériennes.

Liste du matériel de protection aérienne.

Sont indiqués ci-après les objets et le matériel qui, suivant leur emploi, sont visés par l'arrêté du Conseil fédéral du 7 mai 1935.

A. Appareils de protection individuelle.

- 1^o Masques à gaz de toutes sortes pour les hommes et les animaux, masques complets, demi-masques, lunettes protectrices, tuyaux de respiration.
- 2^o Appareils pour la respiration par la bouche combinés avec les masques ou par embouchure, avec serre-nez, ou équipements analogues.
- 3^o Filtres de toutes sortes soit pour raccord direct au masque, soit pour raccord au tuyau de respiration, y compris tous les filtres destinés à la protection professionnelle et industrielle.
- 4^o Appareils respirateurs à circuit fermé de toutes sortes avec embouchure ou combinés avec des masques, prévus pour l'emploi d'oxygène comprimé ou de substances génératrices d'oxygène.
- 5^o Bouteilles d'oxygène, générateurs d'oxygène, cartouches d'absorption pour acide carbonique.
- 6^o Vêtements de protection, capuchons protecteurs, gants spéciaux, bottes spéciales.

B. Appareils pour la Protection collective.

- 1^o Filtres à air de toutes sortes avec ou sans ventilation, actionnés mécaniquement ou à la main ou par les deux procédés combinés.
- 2^o Eléments de régénération pour régénérateurs, notamment pour l'absorption de l'acide carbonique.
- 3^o Bouteilles pour l'oxygène comprimé et générateurs d'oxygène.

C. Appareils divers pour la protection aérienne.

- 1^o Détecteurs.
- 2^o Appareils d'inhalation pour la respiration artificielle.
- 3^o Bombes incendiaires et autre matériel de démonstration.

Literatur.

Dipl. ing. Hans Schoszberger: «Bautechnischer Luftschutz.» Grundsätze des bautechnischen Schutzes gegen Fliegerbomben bei der Landesplanung, beim Aufbau der Gebäude und beim Schutzraum. Bauweltverlag Berlin SW 68. 240 Seiten, 129 Bilder, 6 Tafeln, 315 Literaturangaben. Preis Fr. 9.75.

Krieg und Waffentechnik haben das Bauwesen seit jeher nachhaltig beeinflusst und zwar um so stärker, je mehr das ganze Land Kriegsgebiet wurde. Diese Tatsache gewinnt wieder an Bedeutung, wenn man bedenkt, dass in Zukunft auch das Hinterland durch Angriffe aus der Luft auf das schwerste gefährdet ist.

Der Verfasser wendet sich nach einleitenden Bemerkungen über die Wechselwirkung zwischen Krieg und Baukunst und nach einer Darstellung des Zukunftskrieges den Grundsätzen des bautechnischen Luftschutzes zu. Dessen Aufgabe ist es, die Wirkung der Fliegerbomben, besonders der Brand- und Gasbomben, abzuschwächen und Anlagen für den Schutz der Menschen (Schutzräume) herzustellen.

Das Hauptangriffsmittel der Flieger — die Sprengbombe — wird in ihren Einzelwirkungen eingehend behandelt. Dabei folgt der Verfasser im wesentlichen den Angaben, welche Ingenieur Peres seinerzeit in